

21. Januar 2009

## Arbeitgeber Land Hessen legt kein Angebot vor

*Erste Verhandlungsrunde der Gewerkschaften mit dem Land Hessen über höhere Einkommen ergebnislos vertagt*

**Frankfurt (gew).** Am 21. Januar fand in Wiesbaden zwischen der GEW und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie dem Land Hessen die erste Runde der Tarifverhandlungen über höhere Einkommen für die Landesbediensteten statt. Da die Arbeitgeberseite kein eigenes Angebot vorgelegte, vertagten die Verhandlungspartner die Gespräche auf einen Termin nach der Regierungsbildung.

Mit dem Hinweis auf die angeblich schlechte Finanzsituation des Landes Hessen lehnte der Arbeitgeber die Forderungen von GEW, ver.di, GdP, IG BAU und dbb tarifunion nach einer Tarifierhöhung um 8% (mindestens um 200 Euro monatlich) für 2009 und nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf den Besoldungsbereich ab. Vielmehr, so die Arbeitgeberseite, sei angesichts der Wirtschaftskrise mit Steuereintrüben im laufenden Jahr zu rechnen. Konkrete Zahlen über die hessischen Steuereinnahmen im Jahr 2008 legte die Verhandlungsgruppe des Landes aber nicht vorlegen.

Die Gewerkschaften machten hingegen deutlich, dass sie eine Politik der Lohnzurückhaltung nicht akzeptieren werden. Dies sei verteilungspolitisch in keiner Weise zu billigen, auch da die Beschäftigten im hessischen Landesdienst in den vergangenen Jahren in überproportionaler Weise Benachteiligungen bei der Einkommensentwicklung erfahren haben. „Eine Politik niedriger Lohnzuwächse“, so der hessische GEW-Vorsitzende Jochen Nagel, „ist aus konjunkturpolitischen Gründen völlig kontraproduktiv. Fast alle Ökonomen sind sich darüber einig, dass der Krise mit einer Verbesserung der Binnennachfrage begegnet werden muss. Hierfür sind deutliche Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten dringend erforderlich.“

Hessen ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Deshalb finden die Verhandlungen über höhere Einkommen mit der Landesregierung in Wiesbaden getrennt statt. Im Bereich der TdL haben GEW und ver.di dieselben Forderungen für die Landesbediensteten aufgestellt. Dort war eine erste Verhandlungsrunde bereits am 19. Januar ergebnislos verlaufen.